

## **Vancouver 1983**

### **I. Gerechtigkeit, Frieden und Militarismus**

## **3.5. Den Bedrohungen des Friedens und Überlebens begegnen**

Metropolit Paulos GREGORIOS bedauert bei der Einführung des Berichts, daß in der Fachgruppe weniger Teilnehmer aus Asien und Afrika als aus Westeuropa vertreten waren, und hofft, daß das Schwergewicht dadurch nicht verschoben wurde. Der theologische Teil, über die Grundlagen des Friedens in der Bibel, sei aus Platzgründen gestrichen worden, die meisten Teilnehmer in der Gruppe seien dafür gewesen, die Theologie herauszulassen. Der Stellvertretende Vorsitzende der Gruppe, Bischof JOHN HABGOOD (Kirche von England) verweist noch einmal auf die Verbindung mit anderen Berichten. "Militarismus, Technologie, internationale Geschäftswelt, Wirtschaftsprobleme, Sicherheit, Ökologie und Entwicklung sind keine Einzelfragen, sondern bilden ein Paket. So gehören auch die Teile 1 und 2 des Berichts - obwohl getrennt vorbereitet - zusammen". Professor JOSEF SMOLIK (Evang. Kirche der Böhmisches Brüder) fordert Verständnis jenseits von Propaganda, damit so die gegenseitige Furcht abgebaut wird. Frau Dr. ADEBISI SOWUNMI (Kirche der Provinz von Nigeria) will die Rolle der Frau in der Dritten Welt stärker eingebracht sehen. Die theologische Grundlage soll nach Ansicht mehrerer verstärkt werden. Umstritten sind die Anklagen gegen nationale Sicherheit, Verteidigung der Demokratie und der "freien Welt". Unterschiedlich eingeschätzt wird moderne Technologie in Dritte-Welt-Ländern: Dr. AARON TOLEN (Presbyterianische Kirche, Kamerun) fordert angemessene Technologie, Bischof VICTOR PREMASAGAR (Kirche von Südindien) möchte zum Ausdruck bringen, daß die Menschen durch Forschung und Studium der Technik neues Leben suchen. Metropolit Gregorios weist den Vorwurf zurück, das Dokument stehe auf der Grundlage des Konzepts des "gerechten. Krieges", der von dem Mennoniten Dr. JOHN H. YODER (USA) vorgebracht worden war. Der Bericht erhält, nachdem sich in der Abstimmung einige dagegen ausgesprochen und einige enthalten haben, die folgende Fassung.

### **I. Gerechtigkeit, Frieden und Militarismus**

1. Christus, das Leben der Welt, ist unser Friede (Eph 2,14). Unsere Hoffnungen auf eine Welt, wo Leben nicht von atomarer Vernichtung oder vom langsamen Hungertod bedroht ist, auf eine Welt, wo Gerechtigkeit und Frieden Hand in Hand gehen, gründen sich auf Jesus Christus, den Gekreuzigten und Auferstandenen, der über die Mächte des Bösen und des Todes gesiegt hat und der deshalb den letztgültigen Triumph der Ungerechtigkeit und des Krieges nicht zulassen wird. Wahrer Friede

kommt nur von Gott, der das Wirken des Menschen zu Gottes Ehre auslegen kann (Ps 76,1 1). Wahrer Friede ist mehr als Abwesenheit von Krieg, er bedeutet, daß die Beziehung zwischen Liebe, Mitleiden und Gerechtigkeit wiederhergestellt ist.

2. Gottes Geist wirkt durch Menschen und Völker, wenn sie sich Gottes Leitung öffnen und Frieden suchen. Auch die Christen werden oft schuldig, weil sie ihre "Feinde" hassen und nach Vergeltung verlangen, weil sie Spaltung und Zwietracht säen. Frieden in der Welt kann nicht allein durch menschliche Bemühungen zustande kommen. Wenn wir jedoch unseren aufrichtigen Wunsch nach Frieden in bestimmten Aktionen bezeugen, dann kann Gottes Geist unsere schwachen Anstrengungen benutzen, um die Reiche dieser Welt dem Reich Gottes ein Stück näher zu bringen.

3. Wir stellen fest, daß ungerechter Friede unerträglich sein kann. Viele von uns sind erst vor kurzem von dem ungerechten Frieden des Kolonialismus befreit worden. Andere stehen mitten im Kampf um Befreiung von einer Ungerechtigkeit, die Frieden ausschließt, von Regierungssystemen, die sich auf brutale Gewalt, auf Folter, Mord und sogar auf Versuche von Völkermord stützen. Friede, der auf Rassismus, Sexismus, Herrschaft, Habgier und Militarismus beruht, kann nicht der Friede sein, nach dem Christen streben.

#### Gemeinsame Sicherheit

4. Die Menschen haben ein Recht darauf, in Sicherheit zu leben. Das schließt wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit für alle, den Schutz und die Verteidigung des Lebens in dem politischen Bereich ein, der ihnen dieses Recht garantieren soll. Jeder Staat hat ein Recht darauf, sich gegen Angriffe von außen zu sichern und zu schützen, solange er dabei nicht die Sicherheit anderer Staaten gefährdet.

5. Die derzeitigen Vorstellungen von nationaler Sicherheit müssen in Frage gestellt werden, wenn sie mit den Forderungen nach Gerechtigkeit unvereinbar sind, über das erforderliche Maß an legitimer Verteidigung hinausgehen oder nach wirtschaftlicher, politischer oder militärischer Herrschaft über andere streben. Die herrschenden Doktrinen nationaler Sicherheit führen zur Kriegsvorbereitung, die für Staaten und Gesellschaften fast schon zum normalen Leben gehört. Die Militarisierung der Bevölkerung einschließlich der Kinder verzerrt die Prioritäten im politischen, sozialen und kulturellen Leben und sucht häufig, die systematische Verletzung der Menschenrechte im Namen der nationalen Sicherheit zu legitimieren.

6. Das gilt auch auf internationaler Ebene. Solange wirtschaftliche Ungerechtigkeit zwischen den Völkern herrscht, kann internationale Sicherheit auf Dauer weder durch kollektive Sicherheitssysteme noch allein durch Abkommen zur Waffenreduzierung erreicht werden. Nur durch eine gemeinsame Anstrengung aller Nationen der Welt kann verlässliche internationale Sicherheit gewährleistet werden.

7. Kein Staat kann Sicherheit auf Kosten anderer erreichen, indem er etwa militärische Überlegenheit anstrebt oder sich in das Leben anderer Staaten einmischt. Abschreckung oder ein Frieden, der auf Angst beruht, sollten durch ein Konzept der gemeinsamen Sicherheit für alle ersetzt werden, das die Sicherheit der Bevölkerung innerhalb eines jeden Staates einschließt.

8. Gemeinsame Sicherheit schließt ein:

- a. Achtung der legitimen Rechte aller Staaten und Völker;
- b. Förderung gegenseitigen Verstehens und Wertschätzens zwischen verschiedenen Kulturen, Religionen und Ideologien durch offene Kommunikation, Zurückweisung von auf Mißtrauen und Angst abzielender Propaganda und Förderung vertrauensbildender Maßnahmen;
- c. breite internationale Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik, Wirtschaft und Kultur;
- d. Umstellung aller Volkswirtschaften von militärischer auf zivile Produktion;
- e. Nutzung und Stärkung der Vereinten Nationen und anderer internationaler Institutionen mit ähnlichen Zielen;
- f. Ausarbeitung geeigneter völkerrechtlicher Übereinkünfte und Schaffung juristischer Instanzen zur Beilegung internationaler Konflikte und zur Durchsetzung der getroffenen Entscheidungen;
- g. Verbesserung der Mechanismen zur friedlichen Beilegung internationaler Konflikte.

### Das Verhältnis zwischen Militarismus und wirtschaftlicher Ungerechtigkeit

9. Wir glauben, daß zwischen der gegenwärtigen militärischen Aufrüstung und dem Wettrüsten einerseits und den Praktiken der ungerechten Weltwirtschaftsordnung andererseits ein wesentlicher Zusammenhang besteht. Der weltweite Trend zur Militarisierung ist nicht lediglich eine Folge der Auseinandersetzung und Spannung zwischen den Supermächten, sondern auch Ausdruck des Wunsches, die neuen Kräfte, die für eine gerechtere Weltordnung eintreten, zu unterdrücken. Gerade diese Spannung stellt eine fundamentale Bedrohung für den Frieden dar. Obwohl die Völker nach einer gerechteren Ordnung streben und ihre Erwartungen als legitim unterstützt werden, setzen die Großmächte weiterhin ihre militärische Überlegenheit ein, um die ungerechte Ordnung, d.h. ihre eigenen Interessen zu schützen. Die Verteidigung dieser Interessen kann oft bemäntelt sein mit Argumenten für nationale Sicherheit, Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung, Verteidigung der Demokratie, Schutz der "freien Welt", Notwendigkeit, den Einflußbereich aufrechtzuerhalten und manchmal sogar mit der Sache des Friedens.

10. Folgende Faktoren fördern den Militarismus: Technologische Fortschritte, die die Schlagkraft und Stärke der Streitkräfte und Polizeitruppen erhöhen; die wachsende Verschmelzung von militärischem und zivilem Bereich; die bewußte Verstärkung der psychologischen Verunsicherung, um den Erwerb zusätzlicher Waffen zu rechtfertigen; das wachsende Netz des internationalen Waffenhandels; die alarmierende Zunahme von ausländischen Militärstützpunkten; der heillose Wettlauf zwischen den USA und der UdSSR, militärische und technologische Überlegenheit zu gewinnen, die Schaffung und Aufrechterhaltung von Einflußsphären durch die wichtigsten entwickelten Staaten und einige Zwei-Drittel-Welt-Staaten; die krankhafte Selbstsucht und das Prestigestreben gewisser politischer Führer; religiöser Fanatismus.

11. Der Waffenhandel ist eine neue Form der Einmischung, durch die Herrschaftsverhältnisse aufrechterhalten und weiterentwickelt und Unterdrückung und Verletzungen der Menschenrechte begünstigt werden. Militarismus führt dazu, daß in allen Ländern in riesigem Umfang menschliche und materielle Ressourcen für die Forschung und Produktion im militärischen Bereich aufgewendet werden, anstatt sie vorrangig zur Deckung der Bedürfnisse für menschliche Entwicklung zu verwenden. Dieser Prozeß scheint der politischen Kontrolle bereits entglitten zu sein.

12. Während der Widerstand gegen die Atomwaffen wächst, wird die Entwicklung neuer nicht-atomarer oder sogenannter konventioneller Massenvernichtungsmittel erschreckend rasch vorangetrieben, ohne öffentliches Aufsehen zu erregen. Die Kirchen sollten diese Vorgänge näher untersuchen und dafür sorgen, daß die Öffentlichkeit sie richtig einschätzt und ihnen nötigenfalls Widerstand entgegensetzt.

#### Atomwaffen, Doktrinen und Abrüstung

13. Es würde dem Thema der Sechsten Vollversammlung - "Jesus Christus, das Leben der Welt" - auf unerträglich böse Art widersprechen, wenn Atomwaffen und -doktrinen unterstützt werden, die das Leben der Welt bedrohen. Die Vollversammlung bekräftigt die Überzeugung, die das öffentliche Hearing über Atomwaffen und Abrüstung 1981 in Amsterdam zum Ausdruck gebracht hat und die 1982 vom Zentralausschuß den ÖRK-Mitgliedskirchen anempfohlen wurde, nämlich:

"Wir glauben, daß für die Kirche die Zeit gekommen ist, klar und deutlich zu erklären, daß sowohl die Herstellung und Stationierung als auch der Einsatz von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellen und daß ein solches Vorgehen aus ethischer und theologischer Sicht verurteilt werden muß" (Zentralausschuß-Protokoll 1982, S. 75).

Ferner schlagen wir vor, eine weltweite Übereinkunft zu schaffen, durch die Atomwaffen und atomare Kriegführung zu unrechtmäßigen Mitteln erklärt und als Verstoß gegen das Völkerrecht verurteilt werden.

14. Die nukleare Abschreckung muß nunmehr als strategische Doktrin, die im Namen der Sicherheit und Kriegsverhütung Atomwaffen gerechtfertigt hat, grundsätzlich verworfen werden, da sie im Widerspruch zu unserem Glauben an Jesus Christus steht, der unser Leben und unser Friede ist. Atomare Abschreckung ist moralisch unvertretbar, weil ihre Glaubwürdigkeit darauf beruht, daß der Einsatz von Atomwaffen tatsächlich beabsichtigt ist: Wir sind der Überzeugung, daß jegliche Absicht, Massenvernichtungswaffen einzusetzen, eine zutiefst unmenschliche Verletzung des Sinnes und Geistes Christi, der in uns sein sollte, ist. Wir wissen, daß viele Christen und auch andere ernsthaft glauben, daß Abschreckung die Sicherung des Friedens und der Stabilität auf dem Weg zur Abrüstung wenigstens vorläufig gewährleistet. Wir müssen mit jenen Verfechtern einer vorläufigen Abschreckung zusammenarbeiten, die es mit der Abrüstung wirklich ernst meinen. Die wachsende Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges und das Schreckgespenst eines völlig außer Kontrolle geratenen Rüstungswettlaufes haben die grausamen Illusionen eines solchen Glaubens an die Abschreckung zerstört.

15. Atomare Abschreckung kann niemals Grundlage eines echten Friedens sein. Sie ist die Antithese zum letztgültigen Glauben an eine Liebe, die die Angst vertreibt. In vergeblicher Suche nach Stabilität heizt sie den Rüstungswettlauf an. Sie übersieht die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und psychologischen Dimensionen der Sicherheit und vereitelt Gerechtigkeit durch die Aufrechterhaltung des Status quo in der Weltpolitik. Sie macht die Selbstbestimmung der meisten Völker in Fragen ihrer eigenen Sicherheit und ihres Überlebens zunichte und verschlingt Mittel, die eigentlich der Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse dienen sollten. Sie ist das Gegenteil von Abrüstung, denn sie verherrlicht Gewaltandrohung und rechtfertigt die Entwicklung neuer Massenvernichtungsmittel; sie dient der

Weiterverbreitung von Atomwaffen, indem sie die im Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen auf Treu und Glauben geleisteten Abrüstungsversprechen dauernd bricht und dadurch andere Regierungen verleitet, ebenfalls atomar aufzurüsten. Durch die Strategien des Erstschlags und des begrenzten Atomkrieges gerät sie immer mehr in Mißkredit, denn diese lassen ernsthafte Zweifel an ihrer Verlässlichkeit aufkommen.

16. Wir fordern unsere Mitgliedskirchen dringend auf, ihre Mitglieder dahingehend zu beeinflussen, daß sie Atomwaffen zu unrechtmäßigen Mitteln erklären und die Abschreckung entmythologisieren.

17. Unterdessen bekräftigen wir unsere Unterstützung für die folgenden spezifischen Maßnahmen:

- a. beiderseitiges und kontrollierbares Einfrieren von Entwicklung, Erprobung, Herstellung und Stationierung von Atomwaffen und Trägersystemen;
- b. Abschluß eines umfassenden Teststopp-Abkommens;
- c. baldigen und erfolgreichen Abschluß der Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über eine wesentliche Verringerung der strategischen Atomwaffen;
- d. Nichtaufstellung von Pershing II und landgestützten Marschflugkörpern, wesentliche Reduzierung sowjetischer Mittelstreckenraketen einschließlich der SS-20 und die erfolgreiche Beendigung der Genfer Verhandlungen über atomare Mittelstreckenwaffen (INF);
- e. Schaffung atomwaffenfreier Zonen, wo immer das möglich ist;
- f. Einstellung aller Atomwaffen- und Raketen-Tests im Pazifik und ein Programm medizinischer und umweltbezogener Hilfe zur Verbesserung des Gesundheitszustandes der Völker im pazifischen Raum, die durch Atomversuche geschädigt sind;
- g. Aushandlung eines Abkommens über die völlige Entmilitarisierung des Weltraums, einschließlich des Verbots aller atomaren Satelliten- und Raketenabwehrsysteme im Weltraum;
- h. Verpflichtung aller Staaten mit Atomwaffen, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu verzichten;
- i. selbständige, einseitige Initiativen wie ein Moratorium für die Erprobung oder Entwicklung von Atomwaffen; Verzicht auf bestimmte Waffensysteme, Einstellung der Gewinnung spaltbaren Materials zu Rüstungszwecken; oder die Reduzierung bestehender Waffenarsenale oder geplanter Militärausgaben.

### Vorschläge an die Mitgliedskirchen

18. Wir schlagen den Kirchen daher vor, daß sie

- Erziehungsprogramme über Frieden in Gerechtigkeit als integralen Bestandteil einer von der UNO geforderten Welt-Abrüstungs-Kampagne durchführen und unterstützen und sich an alle Menschen wenden, die in der Produktion oder Forschung für militärische Zwecke mitarbeiten;
- Studienzentren einrichten und unterstützen, um insbesondere positive Alternativen zu Militarismus und militärischer Verteidigung zu formulieren;
- kontinuierlich und verstärkt Programme für Friedens- und Konfliktforschung nachdrücklich unterstützen und Statistiken und Fakten über Aufwendungen für Rüstung und Entwicklung allgemein zugänglich machen;
- Verbindung mit den Bewegungen aufnehmen, die dem Militarismus und seinen gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Auswirkungen entgegentreten;

- das ökumenische theologische Gespräch über die Bedingungen fördern, unter denen ziviler Ungehorsam gerechtfertigt ist, und mögliche gewaltfreie Formen des Protestes untersuchen;
- diejenigen seelsorgerlich und praktisch unterstützen, die Militarismus bekämpfen und sich aus Gewissensgründen weigern, am Krieg oder an Kriegsvorbereitungen - einschließlich der Herstellung von Atomsprengköpfen und Trägersystemen - teilzunehmen;
- Bemühungen um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung als Grundlage für weltweite Sicherheit unterstützen.

## **II. Wissenschaft, Technik und die Zukunft der Menschheit**

### **3.5. Den Bedrohungen des Friedens und Überlebens begegnen**

#### **II. Wissenschaft, Technik und die Zukunft der Menschheit**

##### Die theologische Herausforderung

19. Die Kirchen können heute den Bedrohungen des Überlebens der Menschheit nur dann angemessen entgegentreten, wenn sie sich mit den Problemen und Perspektiven von Wissenschaft und Technik für die Zukunft der Menschheit auseinandersetzen. Der vom Ökumenischen Rat der Kirchen mit Wissenschaftlern und Technologen angebahnte Dialog, der seinen bisherigen Höhepunkt in der Konferenz über "Glaube, Wissenschaft und die Zukunft" in Boston erreicht hat, muß weitergeführt und vertieft werden.

20. Zu den bisher aus diesem Dialog gewonnenen Erkenntnissen gehören: a) Das wachsende Einverständnis in der Theologie darüber, daß wir Gott, die Menschheit und die Natur in ihrer Beziehung zueinander verstehen, die ihre Mitte in Christus findet. b) Die wachsende Erkenntnis der Wissenschaftler, daß Forschung keine wertfreie oder neutrale Tätigkeit ist, sondern in einer Welt betrieben wird, in der ethische Entscheidungen und ethische Werte gelten. c) Theologie und Wissenschaft bedienen sich verschiedener Sprachen, die weiterhin Probleme für den Dialog aufwerfen, die nur dadurch bewältigt werden können, daß beide Disziplinen die Denkansätze und Grenzen der jeweils anderen genau kennen. d) Die Menschheit muß die beiden Pole erkennen, um die und zwischen denen sich das Leben entwickelt und entfaltet - Schöpfer und Schöpfung. Der Versuch, einen dieser Pole außer acht zu lassen, hat verheerende Folgen.

21. Darum muß das Gespräch zwischen der Kirche und der Welt von Wissenschaft und Technik auf allen Ebenen fortgesetzt werden; es müssen dabei auch diejenigen einbezogen werden, die mit den Auswirkungen der technischen Entwicklung leben müssen. Dieser Dialog ist Teil des Zeugnisses der Kirche im Blick auf die

Verantwortung der Welt für die Zukunft der Schöpfung. Sie ist somit ein Teilbereich der Theologie und der ökumenischen Sozialethik.

22. Heute sind Wissenschaft und Technik ausschlaggebend an drei Bedrohungen für das Überleben der Menschheit beteiligt: weltweites Wettrüsten, wirtschaftliche Macht und Ausbeutung und Umweltkrise. Wie sie daran beteiligt sind und welche Strukturen und Kräfte dabei eine Rolle spielen, muß noch genauer untersucht werden. Wie sie einer gerechten, partizipatorischen und überlebensfähigen Gesellschaft dienen können - diese Frage muß immer wieder konkret formuliert werden.

In einer Welt, in der viele Religionen und Ideologien nebeneinander leben, müssen alle an der gemeinsamen Suche nach Lösungen beteiligt sein.

23. Der Gedanken- und Meinungs austausch innerhalb der christlichen Gemeinschaft muß fortgesetzt werden. Wir benötigen ethische Richtlinien für eine partizipatorische Gesellschaft, die sich für die Erhaltung der Umwelt verantwortlich fühlt und wirtschaftliche Gerechtigkeit verwirklicht sowie erfolgreich gegen die Mächte kämpft, die das Leben bedrohen und unsere Zukunft aufs Spiel setzen.

#### Schlüsselprobleme für den Dialog

24. Folgende Bereiche werden für den weiteren Dialog mit Vertretern der Wissenschaft vorgeschlagen:

- a. Technik wird als zerstörende Macht erfahren. In den Industrieländern wird die wirtschaftliche Macht, die mit Hilfe von Massenproduktion und -vertrieb errungen worden ist, immer stärker aufgeteilt. Die sozialen und ökologischen Kosten dieser Entwicklung sind jedoch hoch, und viele Menschen werden dafür zahlen müssen. Die sich aus der Umweltverschmutzung und aus den Risiken für Gesundheit und Sicherheit ergebenden Probleme bedrohen weiterhin das Leben der Menschen. In einer Zeit wirtschaftlicher Rezession besteht die Gefahr, daß diese Probleme übersehen oder als weniger dringlich betrachtet werden. In den Entwicklungsländern wird die Anwendung von Wissenschaft und Technik durch die Industrieländer weiterhin als Herrschaftsinstrument empfunden. Die Technologie ist das Sprungbrett des modernen Wirtschaftslebens, und die Entwicklungsländer glauben, daß sie in ihren Bemühungen um wirtschaftlichen Fortschritt in einen unaufhaltsamen, aussichtslosen technologischen Wettlauf geraten sind, in dem sie niemals eine führende Rolle spielen können. Der Preis, den ganze Gemeinschaften dafür zahlen, ist sehr hoch. Die Einführung fortschrittlicher Technologie wird mit größter Wahrscheinlichkeit verheerende Folgen für die traditionellen Lebensformen haben, und der Teufelskreis der Ausbeutung der Ressourcen und der damit einhergehenden Umweltverschmutzung wird sich ständig wiederholen.
- b. Angepaßte Technologie. Angepaßte Systeme technologischer Entwicklung sollten im Blick auf überlebensfähige Entwicklungsstrukturen die einheimischen Kulturen und Ressourcen berücksichtigen. Aber die Macht von Wissenschaft und Technologie in der wirtschaftlichen Entwicklung ist so groß, daß sich die Frage nach Kontrollsystemen stellt, die vor allen Dingen in Entwicklungsländern angewandt werden könnten. Hauptakteure des Technologietransfers sind die transnationalen Konzerne, die oft eine Verzerrung von Entwicklungsstrukturen bewirken. Sie können lokale Initiativen ersticken, übermäßigen Einfluß auf nationale Entscheidungsfindung nehmen und insbesondere in gemischten Wirtschaftssystemen den öffentlichen Sektor unterminieren. Die wirtschaftlichen Kräfte, die für den Standort eines Industrieunternehmens ausschlaggebend sind, berücksichtigen Umwelt-, kulturelle und soziale Faktoren, die das Leben ganzer Gemeinschaften bestimmen, praktisch

gar nicht. Unter diesen Umständen wird die sorgfältige Prüfung von Möglichkeiten für angepasste Technologien, die auf einheimische, personelle und materielle Ressourcen zurückgreifen, gar nicht erst erwogen. Der Erfahrungsaustausch zwischen hochindustrialisierten und weniger industrialisierten Ländern könnte dazu beitragen, Strukturen menschlicher Entwicklung zu finden, die auf unterschiedliche Situationen anwendbar sind. Die Kirchen haben die wichtige Aufgabe, einen solchen Erfahrungsaustausch möglich zu machen und zu betonen, daß angepasste Technologie für ein Land die Technologie ist, die es kontrollieren kann.

- c. Automation, Mikroelektronik und Beschäftigungsstrukturen. Neue Technologien stören und verzerren auch weiterhin den Rhythmus wirtschaftlicher Planung. Die Kirchen müssen mit diesen Entwicklungen Schritt halten, und der ORK hat hier eine besondere Verantwortung, die Kirchen auf dem laufenden zu halten.

Drei Folgerungen lassen sich ziehen:

- Die Technologie neigt dazu, die Wissenschaft und die kommerziellen Interessen zu bestimmen, die praktisch keiner öffentlichen Rechenschaftspflicht unterliegen.
- Es gibt kaum systematische Gesamtplanung mit vorheriger Untersuchung der gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Neuerungen.
- Die Idee technologisch bedingten Wachstums wird benutzt, um harte wirtschaftspolitische Maßnahmen zu rechtfertigen ("Automatisierung oder Liquidation").

Die Mikroelektronik macht die Frage nach der Technologie wegen ihrer rasanten Entwicklung und breiten Anwendung ganz besonders akut. Technologie kann dazu dienen, menschliche Fähigkeiten zu entfalten, zu ersetzen oder umzuwandeln. Die Frage muß also lauten: "Welches sind die ethischen Kriterien für den Einsatz einer bestimmten Technologie in diesem besonderen sozialen und kulturellen Kontext?"

### Die Kontrolle über Wissenschaft und Technik

25. Wissenschaft wie auch Technik sind Formen der Macht und können als Kräfte im Kampf um die Macht eingesetzt werden. Gewisse Formen der unmittelbaren Kontrolle werden bereits durch den sozialen Rahmen ausgeübt: z.B. durch Hochschul- und Forschungseinrichtungen, Industrieunternehmen und Ministerien. Aber es gibt verschiedene Möglichkeiten der Kontrolle. Es läßt sich nicht voraussagen, welche Richtung die reine Wissenschaft einschlagen wird, und die Freiheit der Wissenschaft kann hier sehr wohl Vorrang besitzen. Technik läßt sich leichter kontrollieren, und es mag nützlich sein, verschiedene Technologien nach kurz- und langfristigen Vor- und Nachteilen einzuordnen.

26. In manchen Ländern sind Wissenschaft und Technik unter staatlicher Kontrolle zentralisiert. In allen Ländern kann der Staat eine gewisse Kontrolle ausüben; möglicherweise ist er aber dazu nicht bereit oder übt sie in destruktiver Weise aus. Interessengruppen können auf die schlimmsten Mißbräuche aufmerksam machen. Aber sowohl Regierungen als auch Interessengruppen sind Bestandteil größerer sozio-ökonomischer und kultureller Zusammenhänge, die selbst vielleicht grundlegender Veränderungen bedürfen, wenn Wissenschaft und Technik wirklich humanen Zielen dienen sollen. Hier liegt eine Aufgabe für die Kirchen, Kritik an Erwartungen und Prioritäten zu üben.

27. Eine große Vielfalt von Beratungsgremien, an denen die Öffentlichkeit beteiligt ist, kann eine wichtige Rolle bei der Erarbeitung von Richtlinien für die Entwicklung in



Wissenschaft und Technik und bei der Überprüfung der Ergebnisse spielen. Auch Wissenschaftlern und Technologen kann man helfen, ihre eigenen Aktivitäten kritischer zu betrachten. Dazu gehört im einzelnen:

- a. Die wissenschaftliche Ausbildung muß ihre soziale Verantwortung ernst nehmen. Die künftigen Wissenschaftler dürfen nicht zu einer abgesonderten Elite werden, die zum kulturellen Erbe ihres Volkes keine Beziehung mehr hat und sich der sozialen und ethischen Implikationen ihrer Arbeit nicht bewußt ist;
- b. Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und freier Austausch von Information sind wesentlich für die Wissenschaft. Wissenschaftler sollten in ihrem Widerstand gegen zunehmende Geheimhaltung unterstützt werden;
- c. Die wachsende Zahl von Organisationen, denen es um die Vertiefung bewußt übernommener Verantwortung geht, ist ein ermutigendes Zeichen. In diesem Bereich können Wissenschaftler und Christen gemeinsam tätig werden.

### Besondere Problembereiche

28. Bio-Ethik: Rasche Fortschritte in der Gen-Technologie, in der künstlichen Befruchtung und verwandten Techniken haben drängende Fragen zur Integrität des menschlichen Wesens, zu Würde und Wert des menschlichen Körpers, zur Beziehung zwischen Zeugung und Elternschaft und zu den sozialen Konsequenzen des direkten Eingreifens in das genetische Erbe des Menschen geführt. In diesem Bereich sind weitreichende Entscheidungen bereits getroffen worden, und wir glauben, daß es für die Kirchen von größter Wichtigkeit ist, sie zu überwachen und in die laufende Diskussion ein tieferes theologisches Verständnis vom Wesen des Menschen einzubringen.

29. Der Bericht von "Kirche und Gesellschaft" über die Manipulation von Lebewesen (1982) hebt einige dieser Probleme hervor. Wir unterstützen seine Empfehlungen, und ganz besonders diejenige, wonach "Wissenschaftler in aller Welt ... sich an keinerlei Forschung im Zusammenhang mit der Produktion chemischer und biologischer Waffen beteiligen (sollten)". Wir bitten dringend, die in diesem Bericht begonnene Arbeit fortzusetzen und auf eine stärkere theologische Grundlage zu stellen. Wir nehmen auch die positiven Wirkungen der Gen-Technologie, besonders in der Landwirtschaft, zur Kenntnis, sehen aber gleichzeitig die möglichen schädlichen Auswirkungen angesichts des Wettbewerbs auf dem Weltnahrungsmittelmarkt. Die Vorteile sollten allen Armen auf der Welt zugute kommen.

30. Wir lenken die Aufmerksamkeit auf ebenso ernste Probleme in der Bio-Ethik, wie z.B. die Heranziehung von Menschen zu wissenschaftlichen Forschungszwecken ohne deren vollständige Kenntnis oder ausdrückliche Zustimmung und die wahllose Ausfuhr schädlicher Medikamente in Länder der Dritten Welt.

31. Energie-Optionen: Langfristige Auswahl von erneuerbaren und nicht-erneuerbaren Energievorräten muß für alle Länder noch getroffen werden und muß weiterhin für die Kirchen und den ÖRK ein besonderes Anliegen bleiben.

32. Die Konferenz "Glaube, Wissenschaft und die Zukunft" in Boston ist ein Meilenstein in der Geschichte des Energiestudienprogramms der Untereinheit Kirche und Gesellschaft gewesen. Sie folgte dem Sigtuna-Hearing über die Folgen ziviler Atomenergieprogramme (1975); ihre Nacharbeit wurde erst kürzlich mit mehreren

regionalen Konsultationen in der Dritten Welt im Rahmen des Programms "Energie für meinen Nächsten" abgeschlossen. Seit der Bostoner Konferenz ist Energieplanung aufgrund der gesunkenen Nachfrage nach Erdöl und aufgrund des defacto-Moratoriums für den Bau neuer Atomkraftwerke erheblich erschwert worden. Die zugrundeliegenden Probleme, nämlich der Abbau nicht erneuerbarer traditioneller Brennstoffe und die rapide Entwaldung, sind nach wie vor akut. Seit der Katastrophe von Harrisburg exportiert die Atomindustrie neue Typen kleinerer Fertigbaureaktoren in die Dritte Welt. Dies wirft schwerwiegende moralische, ökonomische und politische Probleme auf, die unter Berücksichtigung der weltweiten Energiesituation sehr gründlich zu prüfen sind.

33. Eine Lösung der Energiekrise in den nächsten Jahrzehnten ist daher von lebenswichtiger Bedeutung für die Ärmsten der Armen und sollte folglich von den Kirchen der Welt als äußerst dringende Aufgabe betrachtet werden.

34. Wir haben hier nur einige der durch Wissenschaft und Technik aufgeworfenen theologischen, ethischen und sozialen Probleme angesprochen. In den kommenden Jahren werden viele weitere hinzukommen. Es ist daher dringend notwendig, daß die Kirchen Mittel einplanen und angemessene Strukturen entwickeln, um Probleme wie die folgenden in Angriff nehmen zu können: die Herrschaft der Technik über die Kultur; die menschlichen und gesellschaftlichen Folgen der weiterhin andauernden technologischen Revolution; Kriterien und Strukturen für eine soziale Kontrolle von Wissenschaft und Technik und neuere Fragestellungen im Dialog zwischen Wissenschaft und Glauben.

(Bericht aus Vancouver 1983, Offizieller Bericht der Sechsten Vollversammlung des, Ökumenischen Rates der Kirchen, 24. Juli bis 10. August 1983 in Vancouver/Kanada, Herausgegeben von Walter Müller-Römheld, Verlag Otto Lembeck, Frankfurt am Main 1983, 338 S., ISBN 3 87476 212 2, S. 98 - 109)

## **I. Unsere grundlegenden biblischen und theologischen Überzeugungen**

### **3.6. Für Gerechtigkeit und Menschenwürde kämpfen**

Der Bericht wird von Frau THERESSA HOOVER (Vereinigte Methodistenkirche, USA) vorgelegt. In der Diskussion wird das Engagement der Kirchen im Kampf für die Armen in Frage gestellt (Dr. K. V. VARUGESE, Syrische Mar-Thoma-Kirche von Malabar), die Arbeit der Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft von zwei Delegierten aus Nordamerika empfohlen. Kritische Anmerkungen werden zur "militanten" Sprache des Dokuments gemacht (Pfr. HORST BECKER, EKD) und von zwei Delegierten zu der apokalyptischen Bildlichkeit vom "Tier". Die Sprache sei zu extrem, meinte Pfarrer RONALD O'GRADY (Vereinigte Kirchen Christi in

Neuseeland). Trotz weiterer Änderungswünsche und der Bitte von Dr. ULRICH DUCHROW (EKD), sprachliche, teilweise übersetzungsbedingte Formulierungen zur Redaktion dem Ausschuß zu übergeben, wurde der Bericht nicht angenommen, sondern an den Zentralausschuß zur Verabschiedung überwiesen. Er folgt in der von diesem verabschiedeten Form.

## **Einleitung**

1. Seit der Fünften Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (Nairobi 1975) haben die Kirchen und die ökumenische Bewegung erhebliche Fortschritte in ihrem Engagement für die Gerechtigkeit gemacht. Sie haben ihren Kampf um die Menschenwürde der Völker in der ganzen Welt verstärkt und ausgeweitet.
2. Bezeichnenderweise erwachen die armen, die unterdrückten und die diskriminierten Völker überall, um ungerechten Mächten Widerstand zu leisten und ihr Schicksal in ihre eigenen Hände zu nehmen. Das ist ein Zeichen des Lebens.
3. Gleichzeitig versuchen die Mächte der Ungerechtigkeit und der Unterdrückung ihre Sicherheit absolut zu setzen und sie durch ideologische und religiöse Argumente zu verteidigen.
4. Es entsteht deshalb ein neuer Kontext, in dem die Menschen in verschiedenen Bereichen ihres Lebens um Gerechtigkeit und Menschenrechte kämpfen.

## **I. Unsere grundlegenden biblischen und theologischen Überzeugungen**

"In ihm (Christus) wohnt die ganze Fülle der Gottheit leibhaftig, und ihr habt diese Fülle in ihm, welcher ist das Haupt aller Reiche und Gewalten." (Kol 2,9-10)

5. Wir bekennen unseren Glauben an den dreieinigen Gott, der Leben gibt, erlöst und heiligt. Darum hoffen, beten und suchen wir als Christen und Kirchen nach Zeichen des Reiches Gottes in seiner Schöpfung. Seit Nairobi haben wir uns auf das Ziel einer gerechten, partizipatorischen und überlebensfähigen Gesellschaft zubewegt.

5.1 Wir bekennen Jesus Christus, der am Kreuz gestorben und auferstanden ist, in dem das Universum geschaffen wurde, als den Herrn über alle Rangordnungen und Mächte (Eph 1,9-19). Wir nehmen den Sieg des Lammes voraus (Offb 12,1 1), der das Leiden beseelt und die Märtyrer, wo immer sie sich befinden, mit Mut erfüllt.

5.2 Die Maschinerie der vorherrschenden wirtschaftlichen Ordnung macht jedes Jahr Millionen von Menschen arbeitslos. Wissenschaft und Technik werden mißbraucht, um die Menschen zu unterdrücken und die Welt in einem wahnsinnigen Wettrennen zu zerstören. Immer mehr Menschen werden gefangengehalten und "verschwinden",

werden gefoltert, ihrer Religionsfreiheit beraubt, mit Gewalt verschleppt oder ins Exil getrieben.

5.3 Wir legen diese Entwicklung als Götzendienst aus; sie entspringt der Sünde des Menschen und ist ein Werk satanischer Mächte. Wir befinden uns in einer Situation, in der wir über die normalen prophetischen und fürbittenden Funktionen der Kirche hinausgehen müssen.

5.4 Gott hat die Menschen nach seinem Bilde geschaffen. Die Macht, die Gott mit der Menschheit geteilt hat, umfaßt das Teilen der Verantwortlichkeit für die Welt (Gen 1,26-28). Es gelang den Menschen aber nicht, ihre Verantwortung schöpferisch auszuüben (Gen 3,5). Auf heute übertragen: Die Mächte der Herrschaft über die "Natur" (Erde, Ureinwohner, Arbeiter, Frauen) und der uneingeschränkte Besitz sind Götzenbilder geworden. Diese Kultur der Gewalt hat internationale Sicherheitssysteme hervorgebracht, um den Besitz um jeden Preis zu sichern. Sie ist in den Industriestaaten zu einer fixen Idee geworden und breitet sich auch bei anderen aus.

6. Nicht nur einige fundamentalistische Sekten, sondern auch Leute der Kirche, politische Parteien und Regierungen versuchen, diese Entwicklung als "christlich" zu legitimieren. Diese Gruppen wenden sich gegen die Identifizierung der Kirchen mit den Armen als Teil ihres Zeugnisses vom Reich Gottes.

6.1 Nicht nur was die Kirche tut, ist also in Frage gestellt, sondern ihr Glaube und ihr Wesen selbst. Viele sind hellhörig für die Gefahr geworden, wie im Fall der Apartheidshäresie. Dennoch gibt es auch diejenigen, die sogenannte "Christliche" Argumente vorbringen, um die ausbeuterischen transnationalen Systeme, die unkritische Anwendung von Wissenschaft und Technologie und die Produktion von massenvernichtenden Atomwaffen zu verteidigen. Indem sie sich zu Jesus Christus bekennen, müssen die Kirchen auch ihre Sünden bekennen; sie sollten ihre Teilhaberschaft oder ihre Duldung der todbringenden Prozesse zugeben und bereit sein, sich den Gefahren auszusetzen, die eine Befreiung von solchen Übeln mit sich bringt.

7. Der geistliche Kampf der Kirche muß sie im Kampf der Armen, der Unterdrückten, der Zwangsumgesiedelten und außer Landes Geschickten beteiligt sein lassen. Der Geist ist unter den Kämpfenden. Der Geist entzündet die Liebe und erfüllt mit Mut. Der Geist schenkt schöpferische Zukunftsperspektiven. Die Kirche Christi feiert die Eucharistie als Fleischwerdung der Liebe Gottes und als Quelle aller geistlichen Macht im Volk Gottes (Hes 37,10; Offb 11,11).

7.1 Die Christen sind aufgerufen, jeder Macht zu widerstehen, die Komplizenschaft mit der Sünde fordert. Die Menschen sind ständig versucht, Gewalt zu mißbrauchen. Darum kämpfen die Menschen, durch den Glauben gerechtfertigt, um das Leben als ein Zeichen des kommenden Reiches zu bekräftigen. Die Witwe diskutierte mit dem Richter ausdauernd und standhaft (Lk 18,2-5), so zeigt sie den Christen die Haltung und Ausdauer, die erforderlich sind, um Gerechtigkeit und Menschenwürde zu erreichen. Der Herr der Kirche schenkt eine alles übersteigende Vision und die Geduld der Märtyrer, um den strukturellen Stützen eines sündhaften Systems zu widerstehen, wenn er sagt: "Ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende" (Mt28,20).

## **II. Mächte der Unterdrückung und Macht der Befreiung**

### **3.6. Für Gerechtigkeit und Menschenwürde kämpfen**

#### **II. Mächte der Unterdrückung und Macht der Befreiung**

8. Gott, als Lebensspender, ist die Quelle aller Macht, selbst wenn diese Macht gegen ihn selbst eingesetzt werden kann (Joh 19,1 1). Gott gibt den Menschen die Möglichkeit, auf das Leben anderer Menschen einzuwirken, und voller Liebe erwartet er, daß sie die Macht gemäß seinem göttlichen Willen ausüben. Macht und Autorität sind damit von Gott gewollt (Röm 13,1-2), um dem Wohl seiner Schöpfung zu dienen.

9. Macht wird in unserer heutigen Zeit in hohem Maße mißbraucht. Trotz reichlich vorhandener Ressourcen wächst das soziale Gefälle. Rassismus wird weltweit verurteilt, dennoch wird aber die Apartheid in Südafrika weiterhin als auf biblischer Grundlage beruhend gerechtfertigt und bedroht sogar die territoriale Integrität der Nachbarstaaten. Diskriminierung, Hinrichtung ohne Gerichtsurteile, politische Unterdrückung, Völkermord und Verletzung sozio-ökonomischer Rechte beweisen die Anwendung von Macht gegen die Menschen. Elitäre Machtgruppen konzentrieren Reichtum zur Kontrolle politischer und wirtschaftlicher Instrumente und Institutionen in ihrer Hand. Zwischen diesen Einrichtungen erwachsen Bündnisse durch ständige wirtschaftliche, militärische und politische Zusammenarbeit und werden durch die verzerrten Lehren nationaler Sicherheit gerechtfertigt. Sie garantieren jedoch nicht die Sicherheit der Menschen; diese werden vielmehr von den Mächtigen durch die Technologie kontrolliert. Gesellschaftliche Beziehungen werden entmenschlicht und Ausdrucksformen des Lebens entstellt.

9.1 Ganz besonders zeigt sich diese Ungerechtigkeit in der heute bestehenden Weltwirtschaftsordnung, in der die Wirtschaftssysteme der nördlichen Hemisphäre Handel, Finanzen, Produktion, Nahrungsmittelverarbeitung und Know-how fest in der Hand haben. Diese Wirtschaftsordnung, die hauptsächlich von transnationalen Konzernen beherrscht wird, ordnet die Wirtschaftssysteme des Südens denen des Nordens unter und macht sie abhängig.

9.2 Zusammengefaßt können wir sagen, daß wir heute Zeugen einer neuen Art von Mißbrauch sind. Wie nie zuvor bilden wirtschaftliche Interessen, militärische Macht, technologisches Wissen und internationale Bündnisse eine Machtkonstellation, die sich gegen die Würde des Lebens der Welt verschworen hat: gegen Jesus Christus selbst. Die Konsequenzen sind furchtbar: unendliches menschliches Leid, Erniedrigung und Tod.

10. Aber lassen wir uns nicht zum Pessimismus verleiten. Die Macht als Gabe Gottes wird benutzt, sich denen zu widersetzen, die die Götzen des Todes verehren. Macht repräsentiert die Fähigkeit des Menschen, an Gottes Schöpfung teilzuhaben. Diese positive Macht finden wir unter jenen, die das wunderbare Geschenk des dreieinigen Gottes gerade in ihrer Machtlosigkeit lieben und hoch schätzen. Zu allen Zeiten sind inmitten der Armen und Benachteiligten tiefe innere Kräfte zum Vorschein gekommen - Kräfte, die Würde bejahen und Gerechtigkeit pflegen. Das nimmt heute zu. Die Menschen streben nach Befreiung in Gerechtigkeit, voller Kreativität und Mut, die Zeichen der Hoffnung in unserer Zeit sind. Die Macht der Mächtigen steht der Macht des Volkes gegenüber: Schwarze in Südafrika, Frauen in den Friedensbewegungen, Minjung (das Volk) in Korea, die armen Bauern in Lateinamerika. In ihrem Kampf kommt die geistliche Stärke derer zum Ausdruck, die von unserem Herrn zu den "Erben seines Reiches" berufen wurden.

11. Im Kampf für Gerechtigkeit und Menschenwürde müssen wir uns den Mächten der Unterdrückung widersetzen. Wir sind aufgerufen, mit denen solidarisch zu sein, die für die Macht des Volkes kämpfen, um durch die legitime Ausübung von Macht eine stärker partizipatorische Gesellschaft zu entwickeln. Daher sollten internationale Netzwerke zur Unterstützung von den Kirchen gestärkt und ausgeweitet werden. Die Kirchen sind aufgerufen, den Menschen zu helfen, sich der Unterdrückung zu widersetzen, die Wurzeln der Ungerechtigkeit zu bekämpfen und auf der Suche nach einer neuen Gesellschaft Risiken einzugehen. Diese Netzwerke helfen den Armen, ihre Kräfte zu sammeln, um den Mächten der Unterdrückung zu widerstehen. Das Leben der Armen, das von den Mächtigen als wertlos angesehen wird, ist in Wirklichkeit unendlich wertvoll, weil es Gottes Geschenk ist.

### **III. Das Netz von Unterdrückung und Ungerechtigkeit**

## **3.6. Für Gerechtigkeit und Menschenwürde kämpfen**

### **III. Das Netz von Unterdrückung und Ungerechtigkeit**

12. Die Verknüpfung zwischen verschiedenen Erscheinungsformen von Ungerechtigkeit und Unterdrückung wird immer deutlicher. Rassismus, Sexismus, Klassenherrschaft, die Nichtanerkennung der Rechte einzelner Völker, Unterdrückung der Kasten, sind alle miteinander verwoben wie in einem Spinnennetz. Einzeln oder zusammen sind sie die Ursachen vieler Ungerechtigkeiten, die viel Leid und Tod mit sich bringen. Dieses Netz wird durch Mittel der Unterdrückung gestützt und aufrechterhalten, die von der freundlich lächelnden Geste der Verweigerung bis zum gigantischen Militärapparat reichen.

13. Rassismus. Die globalen Ausmaße des Rassismus wurden auf der ÖRK-Konsultation "Kirchliche Antirassismusbearbeitung in den achtziger Jahren" von 1980 deutlich herausgestellt. Das gesetzlich gestützte Apartheid-System in Südafrika ist zwar die offenkundigste und scheußlichste Form des Rassismus, doch zeigt sich der

Rassismus in allen Teilen der Welt. Gewalt, selbst Völkermord der einheimischen Gruppen, ist in vielen Teilen der Welt endemisch geworden.

13.1 Rassismus wird oft durch internationale Systeme verschärft, in denen wirtschaftliche und militärische Faktoren eine beherrschende Rolle spielen. Die Ansprüche der einheimischen Völker auf Grund und Boden werden oft im Namen der Entwicklung und der nationalen Sicherheit zurückgewiesen. In vielen Teilen Europas und in Nordamerika trägt die Immigrationspolitik und -praxis rassistische Züge. Aus Gründen der Rasse versagt die Bildungspolitik den Menschen die Gleichheit der Bildungs- und Berufschancen. In Südafrika werden Tausende von Menschen im Interesse der Aufrechterhaltung weißer Vorherrschaft ihrer Geburtsrechte beraubt, aus ihren Häusern verbannt und in sogenannte "Heimatländer" verbracht. Widerstand führt oft zu Verbannungen, willkürlichen Festnahmen, Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren und zuweilen zu mysteriösen Todesfällen in der Haft. Gegenwärtig diskutierte Verfassungsänderungen werden wohl zur Folge haben, daß die Vorherrschaft der Weißen gestärkt, die Schwarzen einander entfremdet, und von der Beteiligung an der Schaffung einer gemeinsamen, gerechten und friedlichen Gesellschaft ausgeschlossen werden.

13.2 Die Kirchen haben nicht nur zu einem tieferen Verständnis der Ursachen des zeitgenössischen Rassismus gefunden, sie haben auch erste mutige Schritte unternommen, um den Mächten des Rassismus auf nationaler und weltweiter Ebene entgegenzutreten. Das hat den Opfern russischer Unterdrückung neue Hoffnung in ihrem mutigen Widerstand gegen die gepanzerten Mächte des Rassismus gegeben. Während der Rassismus zunimmt, verstärken sich auch die Kämpfe der russisch Unterdrückten.

14. Sexismus. So wie jede Einstellung, Handlung oder Struktur, die Menschen aus Gründen der Rasse als minderwertig abstempelt, Rassismus ist, so bezeichnen wir alles, was Menschen aus Gründen des Geschlechts unterdrückt oder ausschließt, als Sexismus. Viele der unterschiedlichen Erscheinungsformen des Sexismus sind durch wirtschaftliche Faktoren bedingt, die Ausbeutung und Manipulation nach sich ziehen. Trotz der beträchtlichen Veränderungen in der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen haben Frauen in ihrem Kampf um Gleichberechtigung noch einen langen Weg vor sich. Das Phänomen des zunehmenden Sex-Tourismus, der von internationalen Touristikunternehmen organisiert wird und in erster Linie, wenn auch nicht ausschließlich, Frauen und Mädchen in einigen Ländern der Dritten Welt betrifft - ist eine beunruhigende Entwicklung. Daß bei diesem Geschäft Kinder mißbraucht werden, macht die Situation noch gravierender.

14.1 Gewalt gegen Frauen ist eine weitere verwerfliche Form des Sexismus. Vergewaltigung ist ein Beispiel solcher Gewalt; sie nutzt die körperliche Verletzlichkeit der Frauen aus und bringt den Herrschaftsanspruch einzelner Männer oder Gruppen von Männern zum Ausdruck. Frauen sind oft körperlicher Gewalt ausgesetzt, sie werden geschlagen und gedemütigt. Um dieser Gewaltanwendung zu begegnen, sind mehr Untersuchungen und Informationen über ihre Ursachen und Folgen notwendig.

14.2 Der schädliche Einfluß der Medien muß erkannt und muß so angegangen werden, daß die Medien zu einem positiven Instrument werden, daß stereotype

Vorurteile und diskriminierende Haltungen gegenüber einer Rasse oder einem Geschlecht abgebaut werden.

14.3 Die ÖRK-Studie über die Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche, die seit Nairobi durchgeführt wurde und ihren Höhepunkt in der Sheffield-Konsultation 1981 erreichte, hat dazu beigetragen, die Ursachen der Unterdrückung der Frauen zu erkennen und diente dazu, Macht als Befähigung zur Macht zu verstehen. In dieser Hinsicht ist Macht keine endliche Größe, die sich verringert für eine Gruppe, wenn eine andere sie erringt. Macht kann vielmehr schrankenlos sein. Macht ist nicht als Macht übereinander zu verstehen. Sie läßt es zu, daß diejenigen, die unterdrückt werden, sich verteidigen und gleichberechtigte Partner im Kampf um Gerechtigkeit und Menschenwürde auf dem Weg zur Schaffung wahrer Gemeinschaft werden.

15. Viele Erscheinungsformen des Sexismus und des Rassismus beruhen auf Klassenherrschaft, die ihrerseits auf wirtschaftlicher Ausbeutung und dem Profitgedanken, auf kultureller Befangenheit, Kolonialismus und Neokolonialismus begründet ist.

16. Es ist traurige Wirklichkeit, daß Kirchen häufig Unterdrückung und Herrschaft unterstützen und dulden. Allzuoft ist das kirchliche Leben lediglich das Spiegelbild des sozialen Umfeldes, während die schwächsten Glieder der Gesellschaft - die Armen, die russisch Unterdrückten, die Frauen - von den Führungsstellen und Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind.

## **IV Die Rechte des Volkes**

### **3.6. Für Gerechtigkeit und Menschenwürde kämpfen**

#### **IV Die Rechte des Volkes**

17. Die Mächte der Herrschaft und Unterdrückung arbeiten in verschiedener Form zusammen und verletzen vielfältig die Menschenrechte, einschließlich der Religionsfreiheit und der Rechte der Behinderten.

18. Das Entstehen autoritärer und diktatorischer Mächte, die Entstellung der Doktrin nationaler Sicherheit, Militarisierung und der Mißbrauch von Wissenschaft und Technik sind wesentliche Bestandteile eines Unterdrückungsprozesses, der den Menschen in vielen Ländern die bürgerlichen, politischen und kulturellen Rechte vorenthält.

19. In den meisten Gesellschaften werden grobe und systematische Menschenrechtsverletzungen begangen. Menschen leiden unter willkürlichen Verhaftungen, Folter, standrechtlichen Hinrichtungen und verschwinden spurlos; all



dies geschieht heute fast immer ohne Gerichtsverfahren und in einem bisher nicht bekannten Ausmaß.

20. Wirtschaftliche Beherrschung und ungerechte soziale Strukturen entziehen dem Volk seine sozio-ökonomischen Rechte, wie z.B. die Grundbedürfnisse der Familien und Gemeinschaften sowie Arbeitsrechte.

21. Die Rassenherrschaft verweigert den Ureinwohnern und ethnischen Gruppen die Rechte auf Grund und Boden und beraubt oftmals ganze Bevölkerungsgruppen ihres Rechts auf Freiheit.

22. Die Kirchen sind zu Solidarität mit dem Volk und besonders mit denjenigen aufgerufen, die an seiner Seite im Kampf um die Verteidigung seiner Rechte stehen. Dazu gehören auch die Kirchen und christlichen Gemeinschaften, deren Zeugnis - bis zum Märtyrertod - die weltweite ökumenische Gemeinschaft anspricht.

## **V. Schlußbemerkungen**

### **3.6. Für Gerechtigkeit und Menschenwürde kämpfen**

## **V. Schlußbemerkungen**

23. Christus regiert die Welt. Sein Volk ist berufen, an seinem Kampf gegen die dämonischen Mächte teilzunehmen.

24. Die Kirchen sind aufgerufen, ein unerschütterliches und treues Zeugnis abzulegen. Als Verbündete derjenigen, die sich für Freiheit einsetzen, müssen die Kirchen Zeugnis ablegen vom Reich des Lammes und müssen zu einem untrüglichen Zeichen der Hoffnung in der Welt werden.

## **VI. Empfehlungen an die Kirchen für ökumenisches Handeln**

### *25. Zusammenkommen in einem Bund*

a) Die Kirchen sollten auf allen Ebenen - Gemeinden, Diözesen und Synoden, Netzwerken christlicher Gruppen und Basisgemeinschaften - zusammen mit dem ÖRK in einem konziliaren Prozeß zu einem Bund zusammenfinden:

- um Christus, das Leben der Welt, als den Herrn über die Götzen unserer Zeit zu bekennen, als den guten Hirten, der seinem Volk und der ganzen Schöpfung "Leben und Leben in seiner ganzen Fülle" bringt;

- um den dämonischen Mächten des Todes zu widerstehen, die dem Rassismus, dem Sexismus, der Klassenherrschaft, der Unterdrückung der Kasten und dem Militarismus innewohnen;
- um die Mißstände in der Wirtschaftsordnung, der Wissenschaft und der Technologie zu verurteilen, die den Mächten und Gewalten gegen das Volk dienen.

b) Wir sollten uns eindeutig zu diesem Bund für Gerechtigkeit und Frieden verpflichten, wie Delegierte aus Mittelamerika und aus den USA dies hier in Vancouver bereits getan haben, um damit ein Zeichen für den Widerstand gegen jede Form der Unterdrückung zu setzen und um auf dem Weg zu Frieden in Gerechtigkeit einen Schritt vorwärts zu kommen.

c) Wir sollten die häretischen Kräfte verwerfen, die den Namen Christi oder die Bezeichnung "christlich" dazu mißbrauchen, die Mächte des Todes zu rechtfertigen.

## *26. Spiritualität*

a) Die Kirchen sollten erproben, in welchen Formen christliche Spiritualität im Kampf um Gerechtigkeit und Menschenwürde sichtbar wird. Deshalb rufen wir die Kirchen auf, durch Gebet, Bibelstudium und Gottesdienst das geistliche Leben unter den Menschen zu pflegen und zu stärken und Gerechtigkeit und Menschenwürde zu einem festen Bestandteil kirchlichen Lebens zu machen.

b) Die Kirchen und Christen sollten die Werte bejahen, welche die Kulturen der Völker und andere Religionen und Ideologien in das gemeinsame Handeln des Volkes im Kampf um Gerechtigkeit und Menschenwürde einzubringen haben.

## *27. Solidarität*

a) Die Kirchen sollten an der Seite der Armen, Unterdrückten und Benachteiligten stehen, um ihren Bewegungen und Organisationen Macht zu verleihen.

b) Alle Kirchen sollten durch konkretes Handeln ihr Bemühen verstärken, mit denen solidarisch zu sein, die für die Abschaffung ungerechter Machtstrukturen kämpfen, besonders wenn sie Opfer von Folter und anderen Formen der Gewalt geworden sind. Konkretes Handeln könnte geschehen durch

- öffentliche Bloßstellung und Anprangerung der Folter und aller anderen Formen von Gewalt, besonders gegen Frauen und Kinder, darunter auch Gewaltanwendung und Vergewaltigung in der Familie
- Hilfeleistung für Opfer und ihre Familien;
- Beschaffung materieller und rechtlicher Hilfe für Gefangene aus Gewissensgründen;
- Gebetsversammlungen zur Fürbitte und andere Ausdrucksformen öffentlicher Anteilnahme;
- Zufluchtsstätten für Flüchtlinge, denen die Ausweisung ohne ordentliches Gerichtsverfahren droht;
- Einleitung wirksamer internationaler Maßnahmen um Schutz von Flüchtlingen gegen Angriffe und Zurückweisung an der Grenze sowie zur Gewährleistung ordentlicher Verfahren.

c) Die Mitgliedskirchen sollten ihre internationale ökumenische Solidarität bei der Bekämpfung ungerechter Wirtschaftsstrukturen beweisen durch

- i. heologische Reflexion über die Grundsätze von Arbeit und Menschenwürde sowie über neue wirtschaftliche Modelle mit dem Ziel einer gerechten, partizipatorischen und Überlebensfragen Gesellschaft;
- ii. intensive Aufklärung und Information ihrer Glieder über das Wesen unterdrückerischer Wirtschaftsstrukturen und über ihre eigene Mitschuld an deren Erhaltung;
- iii. Bloßstellung der Rolle transnationaler Konzerne bei der Verfestigung ungerechter Wirtschaftsstrukturen durch Stützung rassistischer Regime, durch Ausbeutung von Frauen als billige Arbeitskräfte und durch die Anwendung von Technologien, die zum Verlust von Arbeitsplätzen führen und Arbeitslosigkeit schaffen;
- iv. sorgfältige Überprüfung der Wertpapierbestände der Kirchen und ihrer Investitionen in alternative Entwicklungsprojekte und Handelsstrukturen.

## 28. Kontaktnetze

- a. Die Kirchen sollten die Bindungen und Kontaktnetze, die zur Solidarität zwischen Nord und Süd und vor allem zwischen den "südlichen" Ländern beitragen, verstärken und erweitern und den Dialog zwischen Kirchen in Ost und West fördern.
- b. Die Kirchen werden aufgerufen, ihre Verpflichtung zu fortgesetztem Dialog und gegenseitigen Besuchen zu bekräftigen, die auf wechselseitige Unterstützung ihres Amtes und ihres solidarischen Wirkens abzielt.
- c. Die Kirchen sollten bei der Förderung von vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen Regierungen mithelfen, damit Spannungen abgebaut und günstige Bedingungen für gesunde internationale Beziehungen geschaffen werden können.
- d. Die Kirchen sollen regionale Kommissionen und/oder Programme zur Verwirklichung der Menschenrechte ins Leben rufen. Solche Gremien erweisen sich auf internationaler Ebene als sehr wichtig, um den Kampf der Völker für die Respektierung ihrer Rechte zu unterstützen.
- e. Die Kirchen werden nachdrücklich ersucht, ihr Verständnis über Ausübung von Macht für soziale Gerechtigkeit, der menschlichen Freiheit und der politischen Ethik zu vertiefen. Zu diesem Zweck sollten sie ihre Mitglieder gründlich über die Natur der Mächte und Gewalten aufklären und informieren, die andere unterdrücken, und über ihre eigene Mittäterschaft dabei.

## 29. Finanzierung

- a. Die Kirchen sind aufgerufen, den 2%-Appell als Instrument der ständigen Solidarität mit den Armen zu unterstützen, ebenso die Volksbewegungen, die für Gerechtigkeit und Menschenwürde eintreten.
- b. In dieser Hinsicht sollte der Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft (EDCS), die 1974 vom ÖRK ins Leben gerufen wurde, um Kapitalinvestitionen der Mitgliedskirchen für Entwicklungsprojekte unter den Armen und Machtlosen zu nutzen, Priorität gegeben werden.
- c. Die Kirchen werden dringend ersucht, ihrer Solidarität mit der Arbeit für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit durch ein großzügigeres finanzielles Engagement konkreten Ausdruck zu verleihen.
- d. Die Kirchen werden nachdrücklich gebeten, den PCR-Sonderfonds weiterhin und verstärkt zu unterstützen.

(Bericht aus Vancouver 1983, Offizieller Bericht der Sechsten Vollversammlung des, Ökumenischen Rates der Kirchen, 24. Juli bis 10. August 1983 in Vancouver/Kanada, Herausgegeben von Walter Müller-Römheld, Verlag Otto Lembeck, Frankfurt am Main 1983, 338 S., ISBN 3 87476 212 2, S. 109 - 119)

# **Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit**

## **5.1. Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit**

1. Die Menschheit lebt heute im Schatten eines Wettrüstens, das intensiver, und Unrechtssystemen, die weiter verbreitet, gefährlicher und kostspieliger sind, als die Welt je erlebt hat. Nie zuvor war die Menschheit der totalen Selbstzerstörung so nahe wie jetzt. Nie zuvor haben so viele Menschen unter der Herrschaft von Entbehrung und Unterdrückung gelebt.

2. Im Schatten dieser Bedrohung sind wir hier auf der Sechsten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (Vancouver, 1983) zusammengekommen, um unseren gemeinsamen Glauben an Jesus Christus, das Leben der Welt, zu verkündigen und der Welt zuzurufen:

- fürchtet euch nicht, denn Christus hat die Mächte des Bösen überwunden; in ihm ist alles neu geworden
- fürchtet euch nicht, steht auf für Gerechtigkeit und Frieden um der Liebe Gottes willen
- vertraut auf die Kraft Christi, der Herr über alles ist; bezeugt ihn durch Wort und Tat, so viel euch dieses Zeugnis auch kosten mag.

## **Die zunehmende Bedrohung für Gerechtigkeit und Frieden**

3. Doch fühlen wir uns zur Buße gerufen, wenn wir voller Sorge beobachten, wie schnell die Bedrohungen für Gerechtigkeit und Frieden seit der letzten Vollversammlung zugenommen haben. Das wahnwitzige Rennen in die nukleare Katastrophe hat sich rasend beschleunigt. In unvorstellbar kurzer Zeit haben wir uns von den Schrecken von Hiroshima und Nagasaki und der Gefahr ihrer Wiederholung anderswo auf eine Situation zubewegt, in der die Wahrscheinlichkeit besteht - wenn wir nicht jetzt etwas dagegen unternehmen - daß das Leben auf unserem ganzen Planeten vernichtet wird. Ein Augenblick geistiger Verwirrung, ein falsch kalkuliertes strategisches Abenteuer, ein zufälliges Zusammentreffen von Computerfehlern, eine Fehleinschätzung der Absicht des anderen, ein echtes Versehen jeder dieser Punkte könnte eine nukleare Katastrophe auslösen.

4. Wir sind auf dieser Vollversammlung daran erinnert worden, daß Kernwaffen auch ohne Krieg Opfer fordern: durch die anhaltenden Folgewirkungen von Atombombenabwürfen und Atomversuchen sowie durch die Versenkung von Atommüll.

5. Für viele Millionen von Menschen geht jedoch die unmittelbarste Bedrohung ihres Überlebens nicht von Kernwaffen aus. Örtlich begrenzte, nationale und internationale Konflikte toben in aller Welt. Das Zusammentreffen des Ost-West und des Nord-Süd-Konfliktes führt für unzählige Menschen zu massiver Ungerechtigkeit Unterdrückung, Heimatlosigkeit, systematischer Verletzung der Menschenrechte, U keit, Hunger und Tod. Millionen von Menschen sind Flüchtlinge oder Exilanten, sind vertrieben und staatenlos gemacht worden.

6. Der Ökumenische Rat hat die Kirchen immer wieder auf die wirtschaftlichen Bedrohungen des Friedens aufmerksam gemacht. Auch ohne Krieg sterben täglich Tausende von Menschen in reichen wie in armen Ländern an Hunger und Unterernährung. Menschliches Leid und Elend aufgrund der vielfältigen Formen von Ungerechtigkeit haben ein Ausmaß erreicht, das in der modernen Geschichte ohnegleichen ist. Es gibt ein Aufleben des Rassismus, der oft selbst eine Kriegsursache ist. Völker sehen sich weiterhin getrieben, als letzten Ausweg zu den Waffen zu greifen, um sich gegen systemimmanente Gewalt zu verteidigen oder ihr Recht auf Selbstbestimmung oder Unabhängigkeit durchzusetzen.

7. Während täglich der Gegenwert von nahezu zwei Milliarden US-Dollar in aller Welt für Rüstung ausgegeben wird, steckt die Weltwirtschaft in einer anhaltenden und wachsenden Krise, die alle Länder und die internationale Sicherheit bedroht. Das Schreckgespenst des Wirtschaftskrieges, wettbewerbsverzerrende Geldentwertungsmaßnahmen und des finanziellen Ruins ist allgegenwärtig. Diese Krise hat die Ungerechtigkeit, unter der die Dritte Welt leidet, noch vergrößert, weil sie Millionen von Menschen die Befriedigung lebenswichtiger Bedürfnisse versagt. Das Scheitern von UNCTAD VI hat Hoffnungen auf einen sinnvollen Nord-Süd-Dialog zunichte gemacht. Neben vielen anderen Faktoren stellen die Verkettung von Wettrüsten und wirtschaftlicher Entwicklung, die Auswirkungen der steigenden Verteidigungsetats und der zunehmenden wirtschaftlichen Abhängigkeit der Industriestaaten von der Waffenproduktion und die daraus folgende Belastung des internationalen Systems insgesamt ganz besondere Gefahren für Frieden und Gerechtigkeit dar.

## **Kein Frieden ohne Gerechtigkeit**

8. Die Völker der Erde brauchen Frieden und Gerechtigkeit. Frieden ist nicht nur Abwesenheit von Krieg. Frieden kann nicht auf ungerechten Strukturen aufgebaut werden. Frieden setzt eine neue Weltordnung voraus, die begründet ist auf Gerechtigkeit für alle und in allen Völkern und auf Respekt für die gottgegebene Menschlichkeit und Würde jedes einzelnen. Frieden, sagt uns der Prophet Jesaja, ist die Frucht der Gerechtigkeit.

9. Die Kirchen sind heute aufgerufen, ihren Glauben neu zu bekennen und Buße zu tun für ihr Schweigen angesichts von Ungerechtigkeit und der Bedrohung des Friedens. Für die Jünger gibt es keine Alternative zur biblischen Vision vom Frieden, der Gerechtigkeit für alle einschließt, zur Vision der Ganzheit und der Einheit des ganzen Volkes Gottes Dies ist das Gebot der Stunde

## Atomwaffen und Abrüstung

15. Volle zehn Jahre sind vergangen seit der letzten bedeutenden und später auch ratifizierten Maßnahme zur Rüstungskontrolle. Seit unserer letzten Vollversammlung haben sich die weltweiten Militärausgaben verdreifacht. Im vergangenen Jahr hat die Konfrontation zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt einen neuen Höhepunkt erreicht. Sollte es den gegenwärtigen Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR nicht gelingen, dies zu verhindern, muß ernsthaft damit gerechnet werden, daß der weltweite Vorrat an Atomwaffen in den nächsten zehn Jahren drastisch ansteigen wird. Die zunehmende technische Verfeinerung, Treffsicherheit und Mobilität neuer Waffengenerationen, die jetzt zur Aufstellung bereit sind oder gegenwärtig entwickelt werden, macht sie gefährlicher und destabilisierender als je zuvor. Das Versagen der Rüstungskontrolle zwischen den Atommächten hat den Nichtverbreitungs-Vertrag praktisch zu einem Instrument schlimmer Diskriminierung werden lassen, die Ausbreitung von Kernwaffen angeregt und hat die Aussichten für den Ausbruch eines Atomkriegs in einigen Spannungsgebieten in der südlichen Hemisphäre erhöht. Solange die Supermächte nicht entscheidend bei der nuklearen Abrüstung weiterkommen, müssen Bemühungen zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung dieser Waffen scheitern.

16. Wir rufen die Kirchen, vor allem jene in Ost- und West-Europa und in Nordamerika auf, ihre Bemühungen zu verdoppeln, um ihre Regierungen zu überzeugen, daß sie auf dem Verhandlungsweg zu einer Einigung gelangen und daß sie sich jetzt, bevor es zu spät ist, von den Plänen, in Europa zusätzliche oder neue Atomwaffen zu stationieren, abwenden und daß sie sofort damit beginnen, die vorhandenen Atomstreitkräfte zu verringern und dann völlig abzubauen.

17. Wir rufen die Kirchen ferner dringend auf ihre Bemühungen zu verstärken um der zunehmend schnelleren Stationierung von Atomwaffen und Trägersystemen im Indischen und im Pazifischen Ozean Einhalt zu gebieten, und auf ihre Regierungen nachdrücklich dahingehend einzuwirken, daß sie atomwaffenbestückte Schiffe oder Flugzeuge aus diesen Regionen abziehen oder es ablehnen, sie dort zu stationieren oder zu versorgen.

18. Das Risiko eines Atomkrieges wird durch zunehmenden Verlaß auf konventionelle Waffen verstärkt. Die Arsenale nichtatomarer Massenvernichtungswaffen, die wahllos zerstören, wachsen praktisch ohne jede Kontrolle. Der höchst einträgliche Handel mit konventionellen Waffen hat sich in den letzten fünf Jahren beinahe verdoppelt; ein großer Teil dieses Handels geht in die Entwicklungsländer und in Regionen, in denen der bewaffnete Konflikt schon außer Kontrolle geraten ist. Die Zerstörungskraft dieser Waffen nimmt ständig zu und vermischt die Unterscheidung zwischen konventionellem und atomarem Krieg, und viele Strategien für atomare Abrüstung fordern eine beträchtliche Verstärkung der Produktion und Verbreitung von konventionellen Waffen.

19. Seit der Vollversammlung von Nairobi hat der ÖRK eine Reihe von Konsultationen und Konferenzen durchgeführt und den Kirchen dadurch Gelegenheit gegeben, ihr Verständnis für diese Probleme zu vertiefen. Daraus gingen wichtige Berichte und Empfehlungen an die Kirchen hervor, die zu konkreter Aktion aufrufen. Die vorläufig letzte Veranstaltung dieser Reihe war das Öffentliche Hearing über Atomwaffen und Abrüstung 1981 in Amsterdam. Der veröffentlichte Bericht enthält

sorgfältige und gründliche Analysen und formuliert dringende Aufgaben für die Kirchen. Wir fordern die Kirchen erneut dringend auf, diese Berichte aufmerksam zu lesen und ihren Empfehlungen zu folgen.

20. Der Zentralauschuß rief die Kirchen dringend auf, einer Anzahl von Punkten, die im Bericht über das Hearing von Amsterdam entwickelt wurden, besondere Aufmerksamkeit zu schenken, und bat sie um eine klare Stellungnahme. Wir möchten diesen Aufruf bekräftigen und folgende Punkte nochmals aufgreifen:

- a. ein Atomkrieg ist unter keinen Umständen, in keiner Region und durch kein Gesellschaftssystem zu rechtfertigen oder als gerecht zu erklären, denn das Ausmaß der daraus folgenden Zerstörung steht in keinem Verhältnis zu einem Vorteil, den man davon erwarten könnte,
- b. ein Atomkrieg dürfte kaum begrenzt bleiben, deshalb muß jeder Gedanke an einen "begrenzten" Einsatz von Atomwaffen von vornherein als gefährlich verworfen werden,
- c. alle Staaten, die bereits im Besitz von Atomwaffen sind oder in der Lage, sie in absehbarer Zukunft in ihren Besitz zu bringen, sollten bedingungslos auf den Erstschlag" verzichten und damit einen ersten Schritt zur Vertrauensbildung leisten,
- d. das Konzept der Abschreckung, dessen Glaubwürdigkeit von der Möglichkeit des Einsatzes von Atomwaffen abhängt, ist aus moralischen Gründen abzulehnen und nicht geeignet, Frieden und Sicherheit langfristig zu wahren,
- e. die Herstellung und Stationierung von Kernwaffen ebenso wie deren Einsatz sind ein Verbrechen gegen die Menschheit. Deshalb sollten die Herstellung von Kernwaffen sowie die Rüstungsforschung und -entwicklung in allen Ländern vollkommen eingestellt und dieser Stopp sollte so bald als möglich durch ein Abkommen abgesichert werden. Eine solche Haltung kann mithelfen, unsere jeweiligen Länder zu veranlassen, voll und ganz und ungeachtet der vorübergehenden nuklearen Verletzbarkeit auf Besitz und Einsatz solcher Waffen zu verzichten, und Christen und andere dazu ermutigen und sich mit denen zu solidarisieren, die die Mitarbeit an Projekten, die mit Atomwaffen und atomarer Kriegsführung zu tun haben, verweigern,
- f. zur Verhinderung der weiteren Entwicklung der Nuklearwaffentechnologie sollten alle Staaten einen umfassenden Teststopp-Vertrag abschließen und ratifizieren,
- g. alle Schritte, die zur sowohl nuklearen als auch konventionellen Abrüstung führen, sollen als sich gegenseitig ergänzend und verstärkend befürwortet werden, multilaterale Konferenzen, auf denen es zu wirksamen Beschlüssen kommt, bilaterale Verhandlungen, die mit Mut und Entschlossenheit geführt werden, sowie unilaterale Schritte, die zur Entspannung zwischen Staaten und Völkern beitragen und gegenseitiges Vertrauen schaffen.

21. Darüber hinaus rufen wir die Kirchen dringend auf, Druck auf ihre Regierungen auszuüben, damit sie von weiterer Forschung, Produktion und Stationierung von Waffen im Weltraum absehen und die Entwicklung und Produktion aller Massenvernichtungswaffen, die wahllos zerstören, - und zwar einschließlich chemischer und biologischer Waffen - verbieten.

## Herausforderung für die Kirchen

22. In unseren Bemühungen seit der letzten Vollversammlung, das Mandat des Ökumenischen Rates der Kirchen zu verwirklichen, nämlich "der gemeinsamen Aufgabe der Kirchen im Dienst am Menschen in Not Ausdruck zu verleihen, die die Menschen trennenden Schranken niederzureißen und das Zusammenleben der menschlichen Familie in Gerechtigkeit und Frieden zu fördern", wurden wir durch den Heiligen Geist, der in uns wirkte und den Kirchen Wege zu neuen Initiativen gewiesen hat, ermutigt und gestärkt. In diesem Prozeß der Umkehr haben die Erkenntnisse und Führungsqualitäten der Frauen und jungen Menschen oft eine entscheidende Rolle gespielt. Doch unser gemeinsamer Glaube und unsere heutige Zeit fordern von uns wesentlich mehr, wenn wir gute Haushalter von Gottes Schöpfung sein wollen.

23. Christen können die Gefahren unserer Zeit weder als naturgegeben hinnehmen, noch dürfen sie verzweifeln. Als Gläubige, die sich zu einem Herrn und Helland bekennen, zu Jesus Christus, dem Friedefürst, ist uns die Haushalterschaft über die Hoffnung Gottes für die Zukunft der Schöpfung anvertraut. Wir kennen Gottes Liebe und bekennen einen Herrn der Geschichte, in dem uns das Leben in seiner ganzen Fülle verheißen ist. Die Gnade Gottes ist ewig, und der heilige Geist wirkt unter uns, indem er Liebe weckt, Furcht vertreibt und unsere Vision vom Frieden erneuert, unsere Phantasie belebt und uns durch die Wüste führt - eine Liebe, die uns befreit und eint. Immer mehr Völker der Welt erheben sich und fordern Gerechtigkeit und Frieden. Das sind Zeichen der Hoffnung in unserer Zeit.

24. Wir haben festgestellt, daß unsere Vorstellungen, wie wir Gerechtigkeit und Frieden schaffen können, oft auseinandergehen; ebenso unterschiedlich sind auch die Ausgangspunkte der Diskussion in den Kirchen. Die Ursachen dafür liegen in der großen Vielfalt unserer jeweiligen Geschichte, unserer Traditionen und der Zusammenhänge, in denen wir leben und Zeugnis ablegen. Wir rufen die Kirchen heute auf

- a. ihre Anstrengungen zu verstärken, zu einem gemeinsamen Zeugnis in einer gespaltenen Welt zu finden, sich mit neuer Kraft den Bedrohungen für den Frieden und das Überleben entgegenzustellen und sich für Gerechtigkeit und Menschenwürde einzusetzen;
- b. ein lebendiges Zeugnis für Frieden und Gerechtigkeit zu werden durch Gebet, Gottesdienst und konkreten Einsatz;
- c. auf dem Weg zur Einheit weiterzugeben, indem sie häufigere Gelegenheiten für den Austausch in den Kirchen und untereinander schaffen, damit sie mehr über- und voneinander erfahren und einander besser verstehen und damit allen Versuchen, uns zu spalten und voneinander zu trennen widerstehen; und
- d. in den Programmen für die Erziehung zu Frieden und Gerechtigkeit neue Wege einzuschlagen.

25. Nach dem Genfer Abkommen von 1980 ist der Einsatz bestimmter Waffen, die wahllos alles zerstören, völkerrechtlich verboten. Wir sind der Überzeugung, daß Atomwaffen dieser Waffenkategorie zuzuordnen sind. Wir schließen uns der Auffassung der Jury des Öffentlichen Hearings des ÖRK über Atomwaffen und



Abrüstung an, die nach kritischer Anhörung der Zeugenaussagen zahlreicher Experten folgendes feststellte:

"Wir glauben, daß für die Kirchen die Zeit gekommen ist, klar und eindeutig zu erklären, daß sowohl die Herstellung und Stationierung als auch der Einsatz von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellen und daß ein solches Vorgehen aus ethischer und theologischer Sicht verurteilt werden muß. Die Frage der Atomwaffen ist aufgrund ihrer Tragweite und der drohenden Gefahren, die sie für die Menschheit mit sich bringt, eine Frage christlichen Gehorsams und christlicher Treue zum Evangelium. Wir sind uns bewußt, daß eine solche Erklärung der Kirchen nicht zur Abschaffung von Atomwaffen führen wird. Aber sie wird die Kirchen und ihre Mitglieder zu einer grundlegenden Prüfung ihrer eigenen impliziten oder expliziten Unterstützung einer Politik veranlassen, die indirekt oder direkt auf dem Besitz und dem Einsatz dieser Waffen aufbaut." Wir rufen die Kirchen dringend auf, ihre Regierungen - und zwar vor allem diejenigen Länder, die über Atomwaffen verfügen oder verfügen könnten - nachdrücklich aufzufordern, ein völkerrechtliches Instrument auszuarbeiten und zu ratifizieren, mit dem sowohl der Besitz-- als auch der Einsatz von Atomwaffen als Verbrechen gegen die Menschheit geächtet werden kann. Wir bitten die Kirchen außerdem, ihre Regierungen zu drängen, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen anzuerkennen und die Möglichkeiten für einen gewaltfreien Ersatzdienst zu schaffen.

26. Auf dieser Grundlage und im Geiste des Aufrufs der Fünften Vollversammlung an die Kirchen, "ihre Bereitschaft (zu) betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben", sind wir der Überzeugung, die Christen sollten Zeugnis dafür ablegen, daß sie es ablehnen, sich an einem Konflikt zu beteiligen, bei dem Massenvernichtungswaffen oder andere Waffen, die wahllos alles zerstören, eingesetzt werden.

27. Wir geben diese Erklärung aus tiefem seelsorgerlichem Verantwortungsbewußtsein ab. Es wird für die Christen und Kirchen nicht einfach sein, nach diesen Überzeugungen zu leben, und wir erkennen an, daß die Konsequenzen dieser Überzeugungen für manche sehr viel schwerwiegender sein werden als für andere. Wir äußern diese Überzeugungen nicht, um andere zu verdammen oder zu verurteilen, sondern wir bekennen gleichzeitig unsere Schwäche und rufen die Kirchen und Christen auf, einander in Liebe zu unterstützen, so sind wir miteinander bestrebt, unserer gemeinsamen Berufung gerecht zu werden, unseren einen Herrn Jesus Christus, den Friedefürst, das Leben der Welt, zu verkündigen und ihm zu dienen.

(Bericht aus Vancouver 1983, Offizieller Bericht der Sechsten Vollversammlung des, Ökumenischen Rates der Kirchen, 24. Juli bis 10. August 1983 in Vancouver/Kanada, Herausgegeben von Walter Müller-Römheld, Verlag Otto Lembeck, Frankfurt am Main 1983, 338 S., ISBN 3 87476 212 2, S. 160 - 168)